

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahmen der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Druckerei des Verlagsbundes von der Druckerei Wilsdruff 20 Pfg., monatlich 6 Pfg., vierteljährlich 2,00 Mk., durch unsere Anzeigen zugeworfen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den besten Postämtern vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postämter, Postboten sowie unsere Ausleger und Briefboten nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhersehbarer Störungen der Postdienste, der Lieferanten oder der Bestellenungsstellen — bei der Postämtern können Wilsdruff auf Lieferung oder Aufhebung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Lesende in den oben genannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in bestimmten Umständen oder nicht erscheint. / Einzelverkaufpreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu übernehmen, sondern an den Verlag, die Redaktion oder die Geschäftsstelle, in geeigneter Weise, zu richten. / Druckerei: Wilsdruff, Berlin S.W. 45.

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.
Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das
sowie für das Königliche

Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 261.

Freitag den 8. November 1918.

77. Jahrg.

Wilson's Antwort-Note.

Die Pulverkiste.

Sie waren zwar nur mit Druckpapier angefüllt, die Kisten, die der Kurier des Herrn Joffe von Moskau nach Berlin mitbrachte, aber ihre vorzeitige Öffnung auf dem Bahnhof Friedrichstraße, die wir einem glücklichen Zufall verdanken, hat doch gewirkt wie die Explosion einer Pulverkiste: ungesäumt ist Herr Joffe, der diplomatische Vertreter der Sowjetrepublik beim deutschen Reich, mit samt seiner ganzen Gesandtschaft in die Luft geflogen — bildlich natürlich nur, indem die unentonten höfliche und wohlgeleitete deutsche Regierung ihn freundlichst erludt hat, sich zunächst einmal in seine Heimat zurückzubehalten. Die unvermeidliche Frage wurde mit einer in der jetzigen Zeit ganz ungewöhnlichen Schnelligkeit erledigt, auch der Sonderzug, auf dem ein so hervorragender Mann zweifellos Anspruch erheben darf, ist binnen 24 Stunden zur Verfügung gestellt worden — kurz, das Scheiden von Berlin ist ebenso rasch wie schmerzlos vor sich gegangen, und die statlichen Räume der russischen Botschaft unter den Linden liegen wieder verlassen da, die rote Fahne, die ein halbes Jahr wohl über dem vornehmen Gebäude geweht, verschwindet, und ein Herd des Bolschewikentums, ein Mittel- und Sammelpunkt dreifacher revolutionärer Propaganda in Deutschland wird ausgeräumt, nachdem von ihm ganz unübersehbarer Schaden ausgegangen ist. Auch wir ziehen unsere Vertreter in Russland, soweit solche dort noch vorhanden sind, bis auf weiteres zurück, solange nämlich, bis die Moskauer Regierung Verfügungen dafür gegeben hat, daß in Zukunft von ihren Organen keinerlei revolutionäre Propaganda gegen die staatlichen Einrichtungen in Deutschland betrieben werde, und daß der noch immer ungeklärte Mord an dem Gesandten Grafen Mirbach ausreichende Sühne findet. Bis dahin wird man sich ohne sogenannte „Beziehungen“ zu einem Staatswesen behelfen müssen, das offenbar selbst gar keinen Wert darauf legt, in der Reihe der zivilisierten Nationen zu marschieren.

Es galt, eine alte und von Monat zu Monat mehr angeschwollene Rechnung mit der Sowjetrepublik zu begleichen. Wir haben mit ihr Frieden geschlossen, weil sie den ertüblichen Willen zu haben schien, den Krieg zu beenden und dem entseßlich gefolterten russischen Volke Ruhe zu verschaffen; und gegen ihren revolutionären Begleitungsbesitzer suchten wir dadurch Vorkehrung zu treffen, daß wir ihr im besten Vertrauen bestimmte Verpflichtungen auferlegten, die unser Meer und unsere Grenzen vor bolschewistischer Bearbeitung in Wort und Schrift sichern sollten, wenigstens soweit sie in amtlicher Aufmachung auftrat und mit amtlichen Mitteln betrieben werden sollte. Raun hatten aber Lenin und seine Leute sich einigermassen fest in den Sattel gesetzt, als sie gerade gegen Deutschland ihre gefährlichsten Papierballen zu schleudern begannen. Wie skrupellos sie dabei verfahren, zeigt eine Mitteilung aus Smolensk in der offiziellen Zeitung der Moskauer Regierung, wonach ein vom Kriegsrevolutionärsrat der deutschen Diktatur herausgegebenes Blatt, betitelt „Der rote Soldat“, in seiner ersten Nummer nummern vorliegt. Darin wurden die Soldaten zur sozialen Revolution und zur Bildung einer kommunistischen Partei an Stelle der überlebten Sozialdemokratie aufgefordert — während in Wahrheit diese Zeitung in Russland von amtlicher bolschewistischer Seite als Propagandaorgan gedruckt und über die Grenze geschmuggelt wurde. Bei der Diktatur besteht weder eine solche Zeitung noch ein Kriegsrevolutionärsrat; ihr gesunder Geist wird sich gegen dieses agitatorische, innerlich durchaus unehrliche Treiben verbundener Fanatiker sicherlich mit Erfolg zur Wehr setzen. Mit Recht wird aber dieser neue Fall amtlicher bolschewistischer Propaganda im Interesse der Aufklärung unserer Bevölkerung von der deutschen Regierung festgenommen und als besonders dreist öffentlich gebrandmarkt. Unzweifelhaft ist er nur einer von vielen. Und daß Herr Joffe den Moskauer Intendanten als Deckadresse für ihre dunklen Machenschaften diente, das war in eingeweihten Kreisen längst bekannt; ein glücklicher Zufall erst hat auch unserer Regierung die unumstößlichen Beweise dafür in die Hand spielen müssen, wie dieser russische Staatsmann seine bevorzugte Stellung mißbrauchte — oder doch zum mindesten mißbrauchen ließ. Wenn sie argwöhnischer wäre, so hätte sie schon längst aus gewissen Anzeichen auf den wahren Stand der Dinge geschlossen. So daraus, daß Herr Joffe gerade die Führer der Spartakusgruppe, insbesondere den Landtagsabgeordneten Dr. Mehring, zu seinem bevorzugten Umgang zählte, daß er diese Aktivitäten immer wieder, wenn sie vor der Öffentlichkeit irgendein Spektakelstück aufzuführen beliebten, vor die russische Botschaft zog, und daß Herr Plechneff offensichtlich zu ihr seine „Beziehungen“ unterhielt, über deren Charakter nicht der mindeste Zweifel abzuwalzen konnte. Die zunehmende Überlavennunna Deutschlands mit blut-

runnigen Flugblättern, die ja auch allmählich ihre Wirkung zu üben begannen, mußte gleichfalls den Verdacht der Untersuchungsbehörden nach ganz bestimmten Richtungen hin lenken — in dessen es blieb, wie gesagt, einem Unfall vorbehalten, diesen ganzen mit Händen zu greifenden Skandal für die Regierung spruchreif zu machen. Nun hat sie mit feinem Griff zugepackt — und das deutsche Volk kann sagen, daß es um eine traurige Erfahrung reicher geworden ist.

Unsere „Unabhängigen“ und ihre noch weiter links stehenden Genossen werden ein gewaltiges Lärmen erheben; wir kennen das ja schon zur Genüge. Aber das deutsche Volk und seine neue Regierung wird sich diesmal hoffentlich nicht wieder ins Lockhorn jagen lassen. Dazu ist unsere Lage zu ernst, nach außen sowohl wie im Innern.

Joffe's Abschied.

Wie ein Berliner Blatt erzählt, hat der russische Vertreter, der am Mittwoch früh 8 Uhr Berlin verlassen hat, in der vorhergehenden Nacht eine längere Unterredung mit dem Reichstags-Abgeordneten Cohn-Nordhausen (Unab. Sos.) gehabt. Vor seiner Abreise hat Herr Joffe dem Abgeordneten ein großes, Geld enthaltendes Paket übergeben. — Zugleich mit Herrn Joffe ist auch das Berliner Bureau der russischen Telegraphen-Agentur abgereist. Der Aktivist Graf Surma begleitete den Sonderzug bis zur Grenze.

Die Antwort an Deutschland.

Abreise der deutschen Waffenstillstandsdelegation
Berlin, 6. November.

Die Antwort auf die letzte Note der deutschen Regierung an den Präsidenten Wilson ist heute hier eingetroffen. Sie enthält die Stellungnahme der verbündeten Mächte zu Wilson's Friedensprogramm, behandelt Ansprüche der Gegner auf Schadenersatz und stellt der deutschen Regierung auheim, mit dem Marshall Foch in Verbindung zu treten.

Die deutsche Delegation zum Abschluß des Waffenstillstands und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen ist heute nachmittag von Berlin nach dem Westen abgereist.

Die deutsche Delegation zum Abschluß des Waffenstillstands besteht bekanntlich aus dem General v. Gündel, dem Generalmajor v. Winterfeldt, früherem deutschen Militärattaché in Paris, dem Admiral Meurer und dem früheren Staatssekretär v. Dünge. — Die deutschen militärischen Unterhändler für die etwaigen Friedensverhandlungen sollen nach der Kreuz-Itz. General v. Brissberg und Admiral v. Bülow sein.

Der Wortlaut der Note.

Wilson's 14 Punkte. — Wegen der Freiheit der Meere.

Wie das Saager „Holländische Bureau“ aus Washington meldet, hat Staatssekretär Lansing am 5. d. Mts. durch Vermittlung des schweizerischen Geschäftsträgers der deutschen Regierung folgende Mitteilung ankommen lassen:

In meiner Note vom 22. Oktober habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel mit der deutschen Regierung den Regierungen, die mit den Vereinigten Staaten assoziiert sind, übermittelt hat. Es wurde Ihnen anheimgegeben, falls die Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundbedingungen herbeizuführen, ihre militärischen Notgeber und die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahr zu nehmen. Der Präsident hat nun ein Memorandum erhalten, in welchem die verbündeten Regierungen zu seinem Notenwechsel Stellung nehmen und das etwa folgendermaßen lautet:

Die verbündeten Regierungen haben sich sorgfältig mit dem Notenwechsel, der zwischen dem Präsidenten und der deutschen Regierung erfolgt ist, beschäftigt. Sie erklären nach den ihnen gewordenen Mitteilungen ihre Bereitschaft, auf Grund der Bedingungen, die der Präsident in seiner Antwort an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegt hat, und auf Grund der Prinzipien, die in seinen folgenden Vorschlägen zum Ausdruck kamen, mit der deutschen Regierung Frieden zu schließen. Die verbündeten Regierungen weisen darauf hin, daß Punkt 2, der sich auf die Freiheit der Meere bezieht, verschiedener Auslegungen fähig ist, wie sie die verbündeten Regierungen nicht annehmen können. Sie müssen sich daher in dieser Hinsicht jegliche Freiheit vorbehalten, wenn sie auf der Friedenskonferenz erscheinen.

Ferner hat der Präsident bei Aufzählung der Friedensbedingungen im Januar erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müssen. Die verbündeten Regierungen sind der

Überzeugung, daß es überhaupt keinem Zweifel unterliegen darf, was diese Maßnahme in sich schließt. Sie versichern sie dahin, daß Deutschland für jeglichen Schaden, welcher der Zivilbevölkerung der verbündeten Regierungen und ihrem Besitze durch den Angriff Deutschlands zu Lande, zu Wasser und aus der Luft zugefügt worden ist, Entschädigungen leisten muß.

Dann heißt es in der Lansing'schen Note weiter: Ich bin vom Präsidenten beauftragt, mitzuteilen, daß er sich in Übereinstimmung mit der im letzten Paragraphen des Memorandums gelegenen Auslegung des oben angeführten Punktes befindet.

Ferner habe ich vom Präsidenten den Auftrag, Sie zu bitten, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marshall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und von den Regierungen der verbündeten Mächte offiziell den Auftrag erhalten hat, genügend qualifizierte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen.

Was in der neuen Note Wilson's mitgeteilt wird, sind also gewissermaßen die Vorbedingungen für die Waffenstillstandsverhandlungen. Die eigentlichen Bedingungen des Verbandes, die er zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Einleitung von Friedensverhandlungen erfüllt werden will, wird unsere Delegation erst durch Marshall Foch, der im Auftrag aller Verbündeten unterhandelt, erfahren.

Der neue Krieg in Galizien.

Kriegszustand zwischen Polen und Ukrainern.
Warschau, 6. November.

Die gesamte polnische Presse erklärt, daß Polen gegenüber den Ansprüchen der Ruthenen (Ukrainer) zum Kampfe bereit sei. Die Besetzung Lemberg und Przemyśl durch die Ukrainer sei eine freche Herausforderung, die nur mit der Waffe beantwortet werden könne.

Sowohl die Ukrainer als auch die Polen versuchen die deutschen Bewohner Galiziens, die sich neutral verhalten, durch allerhand Versprechungen auf ihre Seite zu ziehen. Militärisch sind gegenwärtig die Ukrainer überlegen, da sie ihre Verbände zusammen haben, während die polnischen Legionen sich zerstreut haben. Man zählt die ukrainischen Streitkräfte, die gegen Galizien im Anmarsch sind, auf etwa 17 Divisionen. Die Polen sammeln dagegen in Larnow und Krowa Heere. Man rechnet mit einem Zusammenstoß der feindlichen Heere auf galizischem Boden und an der polnisch-ukrainischen Grenze.

Militärische Besetzung Deutsch-Böhmens durch die Tschechen.

Die Tschechen beginnen nunmehr, nachdem sie ihren Staat konstituiert haben, mit der militärischen Eroberung Deutsch-Böhmens. Schon in der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November trafen plötzlich tschechische Soldaten in dem urdeutschen und durch seine Glasindustrie weltbekanntesten Daida ein, entworfenen die dort befindlichen deutsch-österreichischen Truppen, verjagten sie und richteten ein tschechisches Kommando ein. Ebenso verfahren sie in anderen rein deutschen Industriebezirken. Gleichzeitig wurden in Deutsch-Böhmen Mobilisierungsbefehle angeschlossen, die die Deutsch-Böhmen für Unterthanen des tschechischen Volkes erklären und die Deutschen unter Androhung schwerer militärischer Strafen zwingen sollen, sofort in die tschechische Armee einzutreten.

Die Lage in Wien.

Die Aeroaktivität, die Deutsch-Österreich und Wien in den ersten Tagen der Umwälzung beherrschte, hat sich jetzt abgelehnt von gewissen ernsten Ausschreitungen in Wien, gelegt. Es sind bedenkliche Vorfälle nicht zu verzeichnen. Dagegen wüsten wilde Gerüchte über den Ausbruch von Kriegesgefangenen und dergleichen eine große Rolle, und werden leider von manchen Zeitungsvertretern auch nach Deutschland weitergegeben. Nach den vorliegenden Mitteilungen nimmt die Entwicklung einen durchaus normalen Verlauf, wenn auch naturgemäß der Mangel einer militärischen Organisation Bedenken für die Zukunft Raum gibt. Umso mehr ist es zu begrüßen, daß mit Erfolg an der möglichst schnellen Aufrüstung zuverlässiger Ordnungstruppen in Wien und Deutsch-Österreich gearbeitet wird.

Ungarn vor der Besetzung.

Budapest, 6. November.

Der ungarische Kriegsminister Lindner erklärte, es sei wahrscheinlich, daß englische und französische Truppen nach Budapest kommen, doch sei dies eine unnötige Maßnahme des Oberkommandos der Entente, da hier keine Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung benötigt würden. Wenn diese Truppen kämen, dann würden sie nicht als Feinde kommen und könnten nur kurze Zeit